Antrag der Gruppe SPD/Grüne auf Verabschiedung der nachstehenden Resolution:

Resolution

Gegen die Einführung des Betreuungsgeldes

Datum: 08.10.2012

Der Kreistag Friesland fordert die Bundesregierung auf, die Einführung des Betreuungsgeldes aufzugeben und stattdessen die Bundesmittel in Höhe von bis zu 2 Milliarden EURO jährlich für den quantitativen und qualitativen Ausbau der Betreuungsinfrastruktur und der Qualifizierung der Erzieher und Erzieherinnen einzusetzen.

Begründung:

Ab dem 01.08.2013 wird bundesweit ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem ersten Lebensjahr bestehen.

Ausbauziel ist die Schaffung von Betreuungsplätzen für 35% der Unter-Dreijährigen. Der Landkreis Friesland hat in den vergangenen Jahren in erheblichem Umfang Investitionen getätigt, um dieses gesellschaftspolitisch zwingend erforderliche Ziel zu erreichen.

Die Absicht der Bundesregierung, mit dem Betreuungsgeld Anreize zu schaffen, Kinder vom Besuch einer Krippe fern zu halten, ist vollkommen kontraproduktiv sowie volkswirtschaftlich und bildungspolitisch fatal.

Schätzungen gehen davon aus, dass die Einführung des Betreuungsgeldes bis zu 2 Milliarden € jährlich kosten wird, also möglicherweise bis zur Hälfte der Bundesmittel für den gesamten Krippenausbau (4 Milliarden). Mit dieser Summe könnte der weitere Ausbau bzw. die qualitative Verbesserung der Krippen und die Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher enorm vorangebracht werden zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit unserer Kinder. Hier in der Landkreis Friesland wird schon jetzt der Bau und Ausbau der Kita Kindertagesstätten vorangetrieben werden, was durch zusätzliche Mittel des Bundes gefördert werden könnte.

gez. Schlieper

Gruppenvorsitzende SPD/Grüne